

Bund soll baureife Nationalstrassenabschnitte vorfinanzieren**Motion verlangt klare Verhältnisse**

Baureife kantonale Hochleistungsstrassen, welche ins Nationalstrassennetz aufgenommen werden sollen, sind mittels Vorfinanzierung so rasch wie möglich freizugeben. Dies fordert eine im Nationalrat eingereichte Motion.

Die Vorlage über den Bundesbeschluss über das Nationalstrassennetz («Netzbeschluss») beabsichtigt, 19 kantonale Strassenabschnitte von insgesamt 400 Kilometer Länge samt Unterhalts- und Betriebskosten dem Bund zu übertragen. Seit bekannt ist, dass der Bund mit dieser Übernahme seine Beiträge an die Kantonsstrassen kürzen will, wehren sich die Kantone vehement gegen die Vorlage. Eine solche Kompensation sei mit dem neuen Finanzausgleich weder nötig noch berechtigt, halten die Kantone fest. Der Bundesrat hingegen befürchtet ungerechtfertigte Mehrausgaben. Solange Bund und

Kantone nicht einig werden, bleibt unklar, wer in Zukunft für die besagten 400 Kilometer Strassen zuständig sein wird. Der Fachverband Infra (FV Infra) wies bereits im Frühsommer auf die Problematik hin (siehe «baublatt» 30/2008). Die Kantone werden sich mit weiteren Investitionen in die Strassenteilstücke zurückhalten, waren sie doch bis anhin davon ausgegangen, dass sie ihnen über kurz oder lang nicht mehr gehören werden. Ähnliches ist vom Bund zu befürchten. Nimmt er wie vorgeschlagen die 19 Strassenabschnitte ins Nationalstrassennetz auf, ohne seine

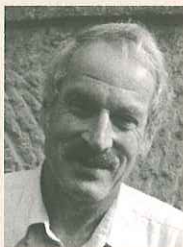
Beiträge an die Kantone reduzieren zu können, fehlen ihm bis 350 Millionen Franken für Betrieb, Unterhalt und Ausbau des Nationalstrassennetzes.

Ohne eine rasche Einigung zwischen Bund und Kantonen könnten etliche Ausbau- oder Unterhaltsprojekte auf die lange Bank geschoben werden, fürchtet der FV Infra. Für den Zürcher CVP-Nationalrat und FV-Infra-Vorstand Urs Hany stehen die Aussichten für eine schnelle Einigung schlecht: «Ich gehe davon aus, dass ein langwieriger Streit zwischen dem Bund und den Kantonen die Ausführung baureifer Nationalstrassenabschnitte massiv verzögern wird.» Mit einer Motion verlangt er und fast 50 weitere Mitunterzeichnende eine Übergangslösung: Bis die Finanzierung zwischen Bund und Kantonen definitiv geregelt ist, sollen diese Strassenabschnitte mittels Vorfinanzierung durch den Bund umgehend zur Ausführung freigegeben werden. ■ (pd/md)

GASTKOLUMNE**Nehmen Naturgefahren zu?**

Von Hansrudolf Keusen, Dr. phil., Geologe, Geotest AG, Zollikofen und Zürich

Naturgefahren sind in unserer Gesellschaft zu einem oftmals dominierenden Thema geworden. Die Medien greifen Ereignisse vermehrt auf und immer wieder werden Hochwasser, Rutschungen, Murgänge und Stürme mit der Klimaerwärmung in Zusammenhang gebracht. Noch vor 20 Jahren sprach kaum jemand von solchen Geschehnissen. Die starke Sensibilisierung bildete sich erst in jüngster Zeit. Der Lawinenwinter und der Sturm «Lothar» 1999, die Rutschjahre 2000 und 2002, Gondo 2002 und vor allem die Unwetter vom August 2005 mit Schäden von drei Milliarden Franken prägten unser Bewusstsein. Hier stellt sich die beunruhigende Frage, ob Naturgefahren zu einer zunehmenden Bedrohung werden könnten. Unterstützt wird diese Mutmassung durch Medienberichte und durch umweltnahe Verbände, welche die Ursachen bei der vom Menschen verursachten Klimaerwärmung orten. Auch die Versicherungen rechnen gemäss einer wissenschaftlich abgestützten Studie in den nächsten 50 Jahren mit einer deutlichen Zunahme der Naturgefahren. In dieser Situation gilt es, die Fakten objektiv zu analysieren und die Hypothesen ei-



ner soliden kritischen Prüfung zu unterziehen.

Klimatologische Untersuchungen zeigen, dass bei einer Erwärmung um etwa eins bis 1,5 Grad Celsius seit 1980 die Winterniederschläge deutlich zugenommen und die Schneefallgrenze um rund 300 Meter angestiegen ist. Diese Ver-

änderungen haben zur Folge, dass vor allem im Winter mehr Wasser anfällt. Wasser verursacht aber nicht nur Überschwemmungen, sondern ist ein wichtiger Faktor für die Vorbereitung und Auslösung von Massenbewegungen wie Rutschungen, Murgänge, Felsstürze und Steinschläge. Dies könnte eine Zunahme solcher Ereignisse plausibel machen. Bis heute gibt es aber keine statistischen Anhaltspunkte für einen solchen Trend. Vielmehr spielen bei Massenbewegungen geologische Eigenschaften des Untergrundes eine wichtige Rolle. Oberflächennahe Prozesse wie Hangmuren, Stein- und Blockschläge dürften aber als Folge der wärmeren und nasserer Winter zunehmen. Besondere Bedingungen herrschen im Permafrost. Dieser wird ja immer wieder für solche Vorgänge verantwortlich gemacht. Taut im Boden vereistes Bergwasser auf, können sich

Wasserdrücke aufbauen und Felsstürze ausgelöst werden. Der Hitzesommer 2003 war diesbezüglich ein eindrückliches Beispiel: Vor allem in exponierten Bergflanken auf der Alpenordseite oberhalb von 3000 Metern ereigneten sich grössere Felsstürze. Im Niemandsland gefährden solche Ereignisse höchstens Bergsteiger und touristische Anlagen. Bergführer und Hüttenwarte des SAC melden denn auch eine Zunahme von Steinschlag auf klassischen Routen infolge der zunehmenden Ausaperung und Erwärmung in höheren Lagen. «Bröckelnde Berge», «zerbröselnde Alpen», so falsch sind diese neuen journalistischen Schlagzeilen nicht. Die Situation wird aber nicht dramatisch gefährlicher werden: Massenbewegungen und Hochwasser sind natürliche Vorgänge in Gebieten mit jungen, übersteilten Gebirgen. Sie werden uns immer wieder in Schrecken versetzen. Die Klimaerwärmung kann untiefe Prozesse fördern, tiefgründige Massenbewegungen wie Bergstürze, grosse Rutschungen und Murgänge unterliegen jedoch vorwiegend geologischen Randbedingungen.

USIC